

Menschenunwürdiger Personenverkehr führt ins Verderben!

Vortrag von Lukas Reimann für das Eidgenössische Komitee für eine direkt-demokratische, souveräne und neutrale Schweiz vom 9. Juli 2005 in Wettingen. Es gilt das gesprochene Wort.

In Westeuropa geht die Angst um. Millionen von Osteuropäern drängen aufgrund der EU-Osterweiterung in die alten EU-Staaten. Viele kommen um für einen Hungerlohn zu arbeiten. Andere um von den westlichen Sozialwerken zu profitieren. Wieder andere um kriminellen Machenschaften nachzugehen. Das Schweizer Volk kann am 25. September entscheiden, ob sich auch die Eidgenossenschaft dieser grossen Gefahr aussetzen will.

Wohin man auch schaut in Europa, das Problem existiert überall: Die Zahl der Osteuropäer in Österreich hat sich seit dem Jahr 2000 mehr als verdoppelt. Aktuell arbeiten 41'391 Osteuropäer in Österreich, fast ein Viertel mehr als im Jahr davor.

In England rechnete das Innenministerium mit 5000 Einwanderern für die ersten sieben Monate nach der Osterweiterung. Tatsächlich gekommen sind 123'000. Der Tages-Anzeiger berichtete, dass inzwischen schon über 1 Million Osteuropäer nach England gereist sind. 80% dieser Osteuropäer verdienen pro Stunde lediglich zwischen £ 4.50 und £ 5.99.

Mafia-Strukturen

Billiglöhner aus Osteuropa ersetzen inzwischen ganze Belegschaften in deutschen Betrieben. Sie hausen in Massenunterkünften. Löhne zwischen zwei und drei Euro sind keine Ausnahme. Alleine 26'000 Fleischarbeiter haben ihren Job inzwischen verloren. Sie wurden durch Billigkräfte ersetzt. Gleichzeitig seien die Löhne um über 40 Prozent zurückgegangen. Gewerkschafter sprechen von einem Milliarden-Markt mit mafiosen Strukturen, Lohndumping und moderner Sklaverei. Die Angst um Existenz und Job geht um und zwar in vielen Branchen. Vom Handwerk über den Bau bis hin zur Pflege. Es arbeiten inzwischen bereits 1,6 Millionen Osteuropäer alleine in Deutschland, legal oder illegal.

Handwerkskammern registrieren einen Strom neuer Ein-Mann-Unternehmen aus Osteuropa. In Nordrhein-Westfalen verzeichneten die Kammern einen Anstieg um fast 900 selbstständige Handwerker, 90 Prozent davon aus Polen. In Oberbayern schnellte die Zahl der Neuanmeldungen nach der Erweiterung von acht auf 991 hoch. „Wenn das so weitergeht, dann landen bald alle Münchner Fliesenleger beim Arbeitsamt, und die Polen machen unsere Arbeit“, sagt Karl-Heinz Kolb, der seit 40 Jahren in München Fliesen verlegt, gegenüber der Münchner Abendzeitung. Osteuropäer bieten ihre Dienstleistungen und Produkte legal zu Preisen von 80% unter jenen der Deutschen an. Das einheimische Gewerbe kann gegen diese Konkurrenz nicht bestehen. In einer Umfrage von GULP, dem Informationsservice-Marktführer für IT-Projekte, gaben 84% aller befragten Unternehmer und Freiberufler an, keine positiven Aspekte der EU-Osterweiterung zu sehen. Viele hingegen warnten vor Preisverfall, Lohndumping und Qualitätsverlust durch Niveau-Gefälle.

Die Slowakei weist mit 17,5% nach Polen die zweithöchste Arbeitslosenquote der EU aus. Kurz vor dem EU-Beitritt vom 1. Mai 2004 hat die Slowakei die Unterstützung für Bedürftige um die Hälfte gekürzt. So wird die Auswanderung der Armen in den Westen vorangetrieben. Als wenn das alles nicht schon genug wäre, will die slowakische Regierung nun Arbeitslosen Prämien zahlen, wenn diese in westeuropäischen Ländern Arbeit suchen. Die Slowakei kassiert grosszügige Förderungen von der Schweiz. Mit dem Kohäsionsfonds zahlt die Schweiz eine Milliarde in die neuen EU-Staaten. Verwendet wird dieses Geld in der Slowakei für den Arbeitslosenexport und um mit Steuerdumping-Angeboten Schweizer Firmen zu einer Abwanderung zu bewegen. Man stelle sich vor, was passieren würde, wenn das Prämienzahlen in ganz Osteuropa Schule machen würde.

Völkerwanderung

Europaweit ist eine regelrechte Völkerwanderung in Gang gesetzt worden. Ukrainer vertreiben Polen, diese wiederum verdrängen Deutsche. Und diese zieht es notgedrungen in die Schweiz. Doch wo können wir Schweizer hinziehen, wenn wir verdrängt werden? Als Fischer nach Island oder wie schon einmal im vorletzten Jahrhundert als verarmte Hilfsarbeiter in die USA? Soweit dürfen wir es nicht kommen lassen!

Die Kluft zwischen den einseitigen Propaganda-Reden eines Teils des Bundesrates und der harten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Realität ist riesig. Wer nun behauptet, die Schweiz werde trotz der Ost-Personenfreizügigkeit von all dem nicht betroffen sein, der lügt. Im Gegenteil wird die Sog-Wirkung aufgrund unserer (noch) tiefen Arbeitslosigkeit und dem hohen Lohnniveau noch stärker sein. Ein schier unglaubliches Wohlstandsgefälle und die hohe Arbeitslosigkeit in Osteuropa zeigen Wirkung.

„Schweizer Tage“

In Deutschland hat die Osterweiterung zu einer Krise und Rekordarbeitslosigkeit mit über 5 Millionen Arbeitslosen geführt. Einen Teil davon zieht es in die Schweiz. Auf der Basis der bereits bestehenden Personenfreizügigkeit mit alten EU-Staaten wird dortigen Arbeitslosen die Schweiz angepriesen. Es werden „Schweizer-Tage“ durchgeführt. Dort wird empfohlen, hier beim RAV und der Arbeitslosenkasse vorstellig zu werden. Stellenvermittler wie Adecco oder Manpower werben massenhaft ostdeutsche Erwerbslose an. Kantonale Inspektoren decken Hunderte von Lohndumping-Fällen auf. Seit Juni 2004 dürfen Arbeitnehmer und Selbstständige aus der alten EU ohne Bewilligung in der Schweiz arbeiten, es braucht bloss noch eine Meldung. Gemäss Sonntagszeitung gehen allein im Kanton Zürich monatlich 2000 ein. In Grenzregionen sollen die Zahlen noch höher sein.

Als ob wir bei uns nicht schon genug Erwerbslose hätten: Über 150'000 Menschen sind in der Schweiz ohne Arbeit. Trotzdem finden jeden Monat 3500 neue Ausländer einen Job bei uns. Tausende Ausländer aus den alten EU-Staaten sind bereits gekommen, zumeist aus Ostdeutschland. Gerade in den Grenzregionen ist die Arbeitslosigkeit mit der Einführung des freien Personenverkehrs kontinuierlich angestiegen.

Trotz solch eindrücklichen und schmerzhaften Erfahrungen verschliesst die Schweizer Politik die Augen. Offenbar will man nicht sehen, welche Gefahr dem heimischen Arbeitsmarkt durch osteuropäische, grenzenlose Einwanderung droht.

Wohlstandsunterschiede

Den Bedürftigen in Osteuropa kann's recht sein. Nichtarbeiten in der Schweiz bringt einer vierköpfigen Familie achtmal mehr ein als Arbeiten in der Slowakei. An diesem Gefälle wird sich so schnell nichts ändern. Das zusätzliche Wanderungspotential aus dem Osten ist immens. Die Kultur unterschiedlicher. Das Lohngefälle viel grösser. In Lettland liegen die Arbeitskosten im verarbeitenden Gewerbe bei 2,29 €. In der Slowakei 3,46 €, in Litauen 2,83 €. Das monatliche Bruttoeinkommen in Estland liegt bei 146 €, in der Slowakei bei 364 €. Die Arbeitslosenquoten sind horrend. Offiziell ist in Staaten Osteuropas bis zu jeder fünfte Einwohner arbeitslos. Inoffiziell noch mehr. Die Folge dieser gewaltigen Wohlstandsunterschiede ist eine Völkerwanderung von beträchtlichem Ausmass. Bisher vor allem in die alten EU-Länder. Deutschland zum Beispiel kämpft mit einer massiven Einwanderungswelle osteuropäischer Sozialhilfeempfänger. Das kostet Milliarden. Mit der Ost-Personenfreizügigkeit auch in der Schweiz. Das Resultat ist eine Nivellierung des Wohlstandes nach unten. Die Arbeitslosigkeit steigt. Herr und Frau Schweizer werden ärmer. Uns geht es schlechter. Der Kampf um Arbeit und faire Entlohnung wird härter. Der Verdrängungswettbewerb noch massiver.

Die Ausdehnung der Ost-Personenfreizügigkeit ebnet der Konkurrenz aus Billiglohnländern den direkten Weg auf den hiesigen Arbeitsmarkt. Mit der Folge, dass Zehntausende Schweizer ihren Job verlieren. Lohndumping, Scheinselbständigkeit und illegale Beschäftigung nehmen zu.

In Bern hat man noch nicht begriffen, dass zukünftige Einwanderungsdebatten Makulatur sind, wenn wir 475 Millionen EU-Ausländer praktisch ohne Einschränkung einwandern

lassen. Die Folgen der EU-Osterweiterung in Verbindung mit dem freien Personenverkehr reichen völlig aus, um unser Land zu ruinieren. Zudem darf man nicht aus den Augen verlieren, was in Zukunft folgt: Bulgarien, Rumänien, ganz Ex-Jugoslawien und die Türkei sollen noch EU-Mitglieder werden. Wenn wir jetzt der Ost-Personenfreizügigkeit zustimmen, gibt es kein zurück mehr. Der freie Personenverkehr gilt dann auch für zukünftige EU-Staaten. Die Wohlstandsunterschiede in Rumänien und Bulgarien sind noch krasser. Die Kriminalitätsraten und der Einfluss der Russenmafia noch höher. Und aufgrund der bereits heute hohen Zahl von Türken und Ex-Jugoslawen in der Schweiz wäre die Sogwirkung bei freiem Personenverkehr mit diesen Staaten unvorstellbar.

Deutschland ist zu spät erwacht mit schwerwiegenden Folgen. Das Schweizer Volk hat hingegen am 25. September die Möglichkeit, die Notbremse zu ziehen. Tut es dies nicht, wird es ganz schlimm. Einige wenige werden profitieren. Der Schweizer Mittelstand, die Schweizer Arbeitnehmer und kleine Unternehmen werden dafür bluten.

Nach dem System des freien Personenverkehrs mit der EU würde die Kontrolle der Einwanderung vollständig abgeschafft. Es gäbe keinen Inländervorrang mehr und die EU-Ausländer müssten in allen möglichen Bereichen wie Schweizer behandelt werden. Jeder EU-Bürger hätte das Recht, in die Schweiz zu kommen, hier zu arbeiten und/oder von unseren Sozialleistungen zu profitieren. Gerade der gut ausgebaute Schweizer Sozialstaat wirkt verlockend. Schon heute arbeiten nur 30% der Einwanderer in der Schweiz, aber 100% wollen vom Schweizer Sozialstaat profitieren. Dieses Verhältnis kann niemals aufgehen. Jeder EU-Einwanderer, der in der Schweiz nur wenige Tage arbeitete (zum Beispiel bei einer fingierten Putzfirma mit höchsten Löhnen) und danach entlassen würde, müsste von der schweizerischen Arbeitslosenkasse wie ein Schweizer gemäss seinem letzten Lohn in der Schweiz finanziert werden, auch wenn er fast nichts in die Schweizer Arbeitslosenkasse bezahlt hätte. Nach Beendigung der Arbeit in der Schweiz hätte jeder EU-Bürger ein Bleiberecht und würde von der Schweiz in der Sozialversicherung so behandelt, als hätte er sein Leben lang immer in der Schweiz die Versicherungen bezahlt. Was Schweizer über Jahrzehnte in ihre Absicherung bezahlt haben, würde innert weniger Jahre aufgebraucht sein. Es wird klar, dass auch hier die Schweizer mit ihrem Geld die marode EU einige Zeit finanzieren sollen. Bis es bei uns auch kracht.

Mit Übergangsfristen versucht man nun zu beschwichtigen, die Einführung erfolge schrittweise. So könne man auf die neuen Verhältnisse reagieren. Doch das spielt gar keine Rolle. Ob diese grenzenlose und unkontrollierbare Einwanderung schon 2007 oder erst 2011 voll in Kraft treten wird: Unser Land kann über längere Zeit eine derartige, noch nie da gewesenen Überfremdungs- und Einwanderungswelle nicht überstehen.

In den Niederlanden und in Frankreich ergaben die repräsentativen Umfragen zum Abstimmungsausgang über die Verfassung, dass die Hauptgründe für das Nee und für das Non die Angst um den Arbeitsplatz und die EU-Osterweiterung waren. Auch in der Schweiz liegt gemäss Sorgenbarometer 2004 die Angst um den Arbeitsplatz mit Abstand auf Rang 1. Nicht ohne Grund: Von 1993 bis 2002 mussten 1'204'403 Personen zeitweise von Taggeldern der Arbeitslosenversicherung leben. Also jeder vierte Schweizer war durchschnittlich einmal arbeitslos. Dies liegt nicht daran, dass es immer weniger Stellen gibt, sondern daran, dass immer mehr Ausländer auf einen stagnierenden Arbeitsmarkt drängen. Die meisten kommen aufgrund der Personenfreizügigkeit mit der alten EU. Die Manager der Grosskonzerne haben das Recht, für die Ost-Personenfreizügigkeit einzustehen. Aber sie müssten dann auch ehrlich kommunizieren, was auf die Schweizer Bevölkerung zukommt: Wie der Sozialstaat demontiert wird. Dass eine Reservearmee von Lohndrückern samt Familien einwandert. Dass die Überfremdung noch weiter zunehmen wird. Wie der kleiner werdende Sozialkuchen mit immer mehr Hungrigen geteilt werden muss.

Sämtliche Barrieren fallen

Zu behaupten, wir hätten zu wenige Arbeitskräfte aus dem Ausland, ist unredlich. In den letzten 12 Jahren sind rund 1,3 Millionen Ausländer neu eingewandert und haben eine

Jahresaufenthaltsbewilligung erhalten. Davon kamen 519'881 als Erwerbstätige. Niemand wird bestreiten, dass ein attraktives Land wie die Schweiz immer ausländische Arbeitskräfte rekrutieren kann, wenn sie benötigt werden. Ohne den freien Personenverkehr lässt sich dies aber regulieren und geschickt nach unseren Bedürfnissen steuern. Mit dem freien Personenverkehr gibt es langfristig keine Regulierungsmöglichkeiten mehr. Sämtliche Barrieren fallen. Freie Einwanderung pur, ohne Grenzen.

Schauen wir der Realität ins Gesicht. Gerade bei einer EU in derart schlechtem Zustand: Wer an die Zukunft der Schweiz glaubt, sollte sich angesichts dieser Tatsachen davor hüten, die Einwanderungspolitik an Brüssel abzudelegieren. Das ist gefährlich und schadet der Schweiz.

Tausende kommen schon heute aus den alten EU-Staaten

Seit dem 1. Juni 2004 gilt der freie Personenverkehr mit den „alten“ EU-Staaten. Der Inländervorrang wurde abgeschafft. Seither drängen täglich arbeitslose EU-Ausländer aus unseren Nachbarstaaten in die Schweiz. Ein Ende dieser Flut ist nicht in Sicht. Die Zuwanderung aus der EU steigt seither trotz schwacher Konjunktur konstant an.

Grenzgänger strömen auf den Schweizer Arbeitsmarkt. Ganz schlimm ist es in Genf, im Tessin und auch im Raum Basel. Auch sind Kurzeinsätze von ausländischen Arbeitnehmern möglich. Vorgeschrieben ist nur eine Meldung, die oft nicht einmal gemacht oder ganz einfach vergessen wird. In der zweiten Hälfte 2004 waren es 40'000 Fälle. Die gesamtschweizerischen Zahlen für 2005 sind noch nicht bekannt. Im Baselland beispielsweise verdoppelte sich die Zahl der Fälle von 900 im zweiten Halbjahr 2004 auf 1782 im ersten Halbjahr 2005. Inzwischen leben rund 850'000 Personen aus den 15 alten EU-Staaten in der Schweiz. Täglich werden es mehr. Aus Osteuropa sind es erst 19'000. Der Nachholbedarf ist gewaltig. Denn bei der Abstimmung vom 25. September geht es nicht mehr um Nachbarstaaten, sondern um Zuwanderung aus Oststaaten mit einer viel höheren Arbeitslosigkeit, extrem tiefen Löhnen, einem Bruchteil unseres Bruttosozialprodukts und bloss rudimentären Sozialwerken. Die Löhne Osteuropas liegen bei etwa 10 Prozent eines Schweizer Lohns. Die Magnetwirkung der Schweiz wird um ein Vielfaches stärker sein. Die zusätzlichen Arbeitslosen, als Folge der ungebremsten Osteinwanderung, fallen der Arbeitslosenkasse zur Last.

Aufenthaltsrecht für 475 Millionen EU-Bürger

In Zukunft könnte sich prinzipiell jeder EU-Bürger in der Schweiz niederlassen, wenn er einen Krankenkassenschutz und Geldmittel nachweist, die über dem Grenzwert für Fürsorgeleistungen liegen. Jeder Arbeitnehmer, der in seinem Land zu einem sehr tiefen Lohn angestellt wäre, in der Schweiz nur wenige Tage arbeitete (zum Beispiel bei einer fingierten Putzfirma mit höchsten Löhnen) und danach entlassen würde, müsste von der schweizerischen Arbeitslosenkasse wie ein Schweizer gemäss seinem letzten Lohn in der Schweiz finanziert werden, auch wenn er fast nichts in die Schweizer Arbeitslosenkasse bezahlt hätte. Viele neue EU-Bürger würden angesichts der hohen Schweizer Löhne und der hohen Arbeitslosengelder gerne ihr Leben hier verbringen. Wenn ein solcher Arbeitsloser im jeweiligen fünften Jahr für kurze Zeit wieder einer Arbeit nachginge, erhielte er weitere Aufenthaltserlaubnisse und müsste dann auch von der Sozialhilfe unterhalten werden.

Jeder EU-Bürger könnte innerhalb der Schweiz mindestens 6 Monate lang eine Arbeit suchen. Sobald er die Aussicht auf eine Arbeit mit einem Arbeitsvertrag von über einem Jahr nachweisen könnte oder eine (Schein-)Firma gründete, könnte er mindestens 5 Jahre bleiben. Wenn er dann von seinem Arbeitgeber entlassen würde oder die Stelle erst gar nicht anträte, dürfte er sich trotzdem in der ganzen Schweiz aufhalten. Arbeitnehmer, die weniger als 3 Monate pro Jahr arbeiten, bräuchten gar keine Aufenthaltsgenehmigung mehr.

Osteuropäer als „Grenzgänger“

Eine unbegrenzte Anzahl von „Grenzgängern“ könnte sofort nach Vertragsannahme in der Schweiz arbeiten. Sie bräuchten keine Aufenthaltserlaubnis. „Osteuropäische

Grenzgänger?“, mag man sich fragen. Schliesslich kann man kaum täglich von z.B. der Slowakei in die Schweiz pendeln. Falsch! Die so genannten „Grenzgänger“ müssen nur ein Mal pro Woche über die Grenze. Ihren Arbeitsplatz können sie jederzeit wechseln. Richtige Grenzgänger sind sie also gar keine mehr.

Bereits heute gibt es Personen, die einmal wöchentlich mit dem Bus von der Schweiz nach Osteuropa und zurück fahren. Bei internationalen Bus-Unternehmen kann man sogar Jahres-Abos für zwei Fahrten (Hin- und Rückfahrt) in der Woche kaufen. Tschechiens Botschafter Josef Kreuter spricht gegenüber „Facts“ von hochqualifizierten tschechischen Grenzgängern, die in London arbeiten und am Wochenende per Billigflug nach Prag reisen. Das zeigt die Dimensionen auf. Doch es geht noch einfacher. Dank der Niederlassungsfreiheit innerhalb der EU könnten sich Osteuropäer auch einfach in Bregenz, Konstanz, Singen oder Weil am Rhein niederlassen und von da aus in die Schweiz pendeln.

Hinzu kommt ein gravierendes Problem: Der arbeitslos gewordene Grenzgänger könnte selbst entscheiden, ob er sich in der reichen Schweiz oder in seinem ärmeren Heimatland das Arbeitslosengeld bezieht.

Ausbluten der Sozialwerke

Die Schweiz hat weltweit (noch) eines der besten Sozialversicherungssysteme. Personenverkehr-Befürworter versuchen bewusst zu verschweigen, welche Folgen die Ost-Zuwanderung darauf haben wird. Das zentrale Prinzip des Ost-Personenverkehrs-Abkommens ist die Gleichbehandlung. Einheimische dürfen nicht bevorzugt werden, auch nicht bei der sozialen Sicherheit. Die Versicherungszeiten werden angerechnet, der Leistungsexport wird eingeführt und das Beschäftigungsortsprinzip käme zur Geltung. Dr. Rudolf Tuor, Direktor der Ausgleichskasse Luzern, schreibt im KSA-Magazin zu den EU-Ausländern: *„Auf Leistungen der Systeme der sozialen Sicherheit besteht ein rechtlich begründeter, generell abstrakt umschriebener Rechtsanspruch. Die geforderte Rechtsgleichheit lässt grundsätzlich kein Ermessen bei der Zusprechung der Leistungen im Einzelfall zu.“* Im Vertragstext steht: *„Ein Arbeitnehmer und seine...Familienangehörigen geniessen... die gleichen steuerlichen und sozialen Vergünstigungen wie die inländischen Arbeitnehmer und ihre Familien.“*

Nach Beendigung der Arbeit in der Schweiz hätte jeder EU-Ausländer ein Bleiberecht und würde von der Schweiz in der Sozialversicherung so behandelt, als hätte er sein Leben lang immer in der Schweiz die Versicherungen bezahlt. Die Schweizer Prämienverbilligungen würden auch für die Familienangehörigen im Ausland bezahlt, die noch nicht einmal einen Tag in der Schweiz gewesen sein müssten. Ergänzungsleistungen würden in Zukunft an jeden EU-Ausländer bezahlt und nicht mehr erst nach zehnjähriger Mindestwohndauer. Die Schweiz würde bei einem hier arbeitenden EU-Ausländer in den Versicherungsbereichen Krankheit, Alter, Invalidität und Tod, Unfall, Arbeitslosigkeit und Familienleistung die im Ausland bezahlten Versicherungszeiten anerkennen. Sogar die economiesuisse schreibt dazu in „Bilaterale Verträge“: *„Behandlungskosten, Prämienverbilligungen, AHV/IV-Leistungen, BVG-Leistungen usw. werden ins Ausland exportiert“*. Man würde also so tun, als ob der Ausländer in der Schweiz hohe Beiträge über all die Jahre bezahlt hätte, in denen er im Ausland gewohnt und die dortige Versicherung bezahlt hat. Dementsprechend hohe Versicherungsleistungen erhält er aus dem Topf der Schweizer Versicherungen, vom Geld der Schweizer Versicherten, weil unser Versicherungssystem zur Anwendung käme. Die Schweizer Regierung tut so, als ob diese attraktiven Bedingungen keine neuen Ausländer in die Schweiz ziehen würden. Trotzdem rechnet sie mit bis zu 400 Millionen Franken jedes Jahr, die diese Regelungen für die alte EU-15 allein im Vorsorgewesen uns Schweizer kosten werden. Aus Osteuropa werden weit mehr Ausländer ihre Chance in der Schweiz suchen und die Kosten würden pro Jahr weit mehr ausmachen. Selbst Befürworter geben zu, dass die Sozialwerke massiven zusätzlichen Belastungen ausgesetzt werden. So schreibt die economiesuisse in ihrem Bulletin: *„In der Schweiz niedergelassene EU-Bürger werden im Sozialversicherungsbereich den Schweizern gleichgestellt. Die Aufhebung bislang diskriminierender Bestimmungen führt dazu, dass die Kosten der Sozialversicherungen steigen können. Die maximale Belastung der Arbeitslosenversicherung nach der*

siebenjährigen Übergangszeit hat der Bundesrat auf netto 400 Millionen Franken geschätzt.“

Wohlverstanden, bei diesen Zahlen geht es nur um die homogene Gruppe unserer EU-Nachbarstaaten. Neu soll auch ganz Osteuropa hinzukommen. Dazu fehlen Berechnungen, oder sie werden bewusst verschwiegen.

Bei der Eintretensdebatte 1999 zum freien Personenverkehr mit der alten EU gab sich der damalige Ständerat und heutige Finanzminister Hans Rudolf Merz überzeugt, diese vom Bundesrat publizierten Zahlen seien zu tief und nicht transparent. Die gesamten volkswirtschaftlichen Kosten betrügen mindestens 840 Millionen Franken. Einen grossen Teil müssten die Sozialwerke selbst finanzieren. Heute schweigt Bundesrat Hans Rudolf Merz.

Was Schweizer über Jahrzehnte in ihre Absicherung bezahlt haben, würde innert weniger Jahre aufgebraucht sein. Wenn die Aristokraten in Bern diese absehbare Katastrophe damit zu verdecken suchen, dass sie den Schweizern anpreisen, sie könnten dafür auch in EU-Ländern dieselben Vorzüge geniessen, so unterschlagen sie bewusst, dass in diesen Ländern die Absicherung viel schlechter ist und jeder Schweizer darauf schauen wird, möglichst nicht in EU-Ländern abgesichert sein zu müssen.

Es wird auch hier deutlich, dass die Schweizer mit ihrem Geld die marode EU einige Zeit finanzieren sollen. Bis es bei uns auch kracht. Das sind gute Nachrichten für die hungrigen Osteuropäer. *„Die Leute bevorzugen Arbeitslosengeld und die Sozialhilfe“*, betont Tschechiens Botschafter Josef Kreuter gegenüber *„Facts“*. Gerade einmal 30 Prozent der Einwanderer in die Schweiz suchen hier Arbeit. 100% der Zuwanderer aber wollen vom sozialen Netz profitieren. Das kann niemals aufgehen. Unsere bereits heute kriselnden Sozialversicherungen würden geplündert für Leute, die hier nur während einer Mini-Frist Beiträge geleistet haben.

Missbrauch nimmt zu

Auch bei der IV zeigen die Statistiken aus dem Jahr 2004, dass die Invaliditätsrate der Ausländer doppelt so hoch ist wie diejenige der Schweizer Bürger. Und schon heute fließt jede 7. IV-Rente direkt ins Ausland. Auch der Ausländeranteil bei der Arbeitslosigkeit und bei Sozialleistungen liegt bei um die 40%. Die Belastung durch Missbräuche ist hoch. Die Ostzuwanderung würde dies massiv verstärken. Massnahmen werden aufgrund des Diskriminierungsverbots alle betreffen, auch die Schweizer. Leistungskürzungen in diversen Bereichen sind vorprogrammiert. Es wird zum Beispiel unmöglich sein, für die einfache Bevölkerung ein hervorragendes Gesundheitssystem aufrecht zu erhalten, wenn jedermann einwandern und ab sofort alle Leistungen des Gesundheitswesens beanspruchen kann.

Die beim Ost-Personenverkehr eingebauten Schutzmassnahmen gegen Missbräuche können umgangen werden. Einige Beispiele:

- Auch Leute mit schlechter Arbeitsmentalität können einwandern, um nach kürzester Zeit zwei Jahre der Krankentaggeldversicherung, danach zwei Jahre der Arbeitslosenversicherung und danach lebenslang der Pensions- und Invalidenversicherung zur Last zu fallen.
- Es kann nicht verhindert werden, dass sich Arbeitnehmer bei freiem Personenverkehr zu überhöhten Löhnen z.B. bei einer Imbissbude eines Freundes anstellen lassen, um nach einer schnellen Kündigung von unseren hohen Sozialleistungen profitieren zu können. Wird dieser Imbissbudeninhaber dann gleich den nächsten Arbeitnehmer importieren, um dasselbe Spiel zu wiederholen? Wird sich sogar ein „Schwarzhandel“ entwickeln, bei dem ein solcher Imbissbuden-Inhaber für dieses „Anhängen an das Schweizer Sozialnetz“ hohe Provisionen bezahlt erhält?
- Auch kurz vor dem Pensionsalter dürfen EU-Ausländer in die Schweiz einreisen, um im Alter Ergänzungsleistungen in derselben Höhe zu beziehen, wie sie die Schweizer erhalten, welche vierzig Jahre lang hier gearbeitet und Arbeitnehmerprämien einbezahlt haben.
- Wenn ein EU-Ausländer als Arbeiter kommt, so darf er seine ganze Sippschaft mitnehmen. Übersteigen die Lebenskosten der Sippschaft das Einkommen des Arbeiters, so bezahlt auch das der Schweizer Steuerzahler.

Der Verteilungskampf kann beginnen

Alois Lustenberger, Präsident des Eidgenössischen Versicherungsgerichts, warnt in einem Interview mit der Zeitschrift *civitas*: *„Die Sozialwerke schütten jährlich nahezu 100 Milliarden - mehr als das Doppelte des Bundeshaushaltes - aus, womit die Bedeutung dieses Sektors augenfällig wird.“* Auf die Frage, ob die bilateralen Verträge einen Einfluss auf die Rechtsprechung des EVG hätten, antwortet er wie folgt: *„Die bilateralen Abkommen, namentlich jenes über den freien Personenverkehr, werden zweifelsohne neue Beschwerden bringen. Dabei geht es um die Anwendung von kompliziertem EU-Recht, was die Rechtsprechung nicht gerade erleichtert.“*

Osteuropäische Sozialtouristen

Die Sozialwerke in Osteuropa sind rudimentär. Dort gibt es einige Euro Sozialhilfe im Monat und der Empfänger muss dafür den Marktplatz kehren. Nichtarbeiten in der Schweiz bringt einer osteuropäischen Familie deutlich mehr ein als Arbeiten in der Heimat. Die Folge: Sozialtourismus.

Prof. Sinn, Chef des renommierten ifo-Wirtschaftsinstituts, warnte in der Süddeutschen Zeitung von einer *„massiven Einwanderungswelle osteuropäischer Sozialhilfeempfänger nach Deutschland mit einschneidenden Folgen“*. Die Schweiz ist noch attraktiver. Am Münchner Wirtschaftsgipfel warnte Prof. Sinn eindringlich: *„Wohlfahrtsstaaten sind Magneten, die arme Leute anziehen, welche mehr Leistungen des Staates empfangen, als sie selbst an Steuern und Sozialbeiträgen zahlen. Der europäische Wohlfahrtsstaat kann bei freier Zuwanderung und voller sozialer Absicherung nicht aufrechterhalten werden.“*

Den wohlhabenden Sozialstaaten Westeuropas bleibt nichts anderes übrig, als sich bei der Kürzung der Leistungen gegenseitig zu überbieten, um osteuropäische Wohlfahrtswanderer und Sozialtouristen abzuschrecken bzw. umzuleiten. Gerade für die Schweiz ein gefährliches Spiel. Die Abwärtsspirale kommt ins Rollen.

Grenzenlos absteigen

Wir haben die Wahl. Wollen wir mehr Elend, mehr Arbeitslosigkeit und mehr Armut aufgrund einer skrupellosen Sklaverei-Politik, welche die heute schon Reichsten noch reicher macht? Oder wollen wir an einer eidgenössischen Solidarität unter den Menschen und einer realistischen, lokalen Wirtschaftspolitik festhalten, welche den Menschen dient und Zukunft hat?

Der Kern des Problems der Ost-Zuwanderung liegt darin, dass es allerspätestens ab 2014 keine Bremse mehr gibt. Auch dann nicht, wenn selbst die ignorantesten Befürworter die schwerwiegenden Folgen zu spüren bekommen. Masseneinwanderung pur mit allen negativen Folgen, ohne Kontrollmöglichkeiten, ohne Notbremse. Invasion ins soziale Netz bis es kracht. Die ruinöse Ost-Zuwanderung muss am 25. September abgelehnt werden, damit wir die wichtigen Kontroll- und Steuermöglichkeiten in Sachen Einwanderungspolitik selber in der Hand behalten. Oder würden Sie etwa ein Auto ohne Lenkrad kaufen oder einen Zug ohne Bremsen besteigen?